



Lord Ralf Dahrendorf, Baron of Clare Market in the City of Westminster  
1. Mai 1929. Deutsch-britischer Soziologe und Publizist.  
Studium der Philosophie und Klassischen Philologie in Hamburg, 1952 Promotion. Studium der Soziologie an der London School of Economics mit Erwerb eines weiteren Doktorgrades. 1957 Habilitation an der Universität Saarbrücken.  
Ab 1958 Professuren und Ordinariate in Hamburg, New York, Tübingen und Konstanz. 1968 für die FDP MdL in Baden-Württemberg, 1969 MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Außenamt. 1970–1974 EU-Kommissar. Anschließend Rektor der London School of Economics und, nach einigen anderen Stationen, 1987–1997 Rektor am St. Antony's College Oxford. Seit 1988 britischer Staatsbürger. Unter den zahlreichen Ehrungen (Nobilitierung, Sitz im Oberhaus) ist die 2003 erfolgte Aufnahme in den Orden Pour le Mérite für Wissenschaft und Künste hervorzuheben.

## Professor Dr. Ralf Dahrendorf

*Director of the London School of Economics and Political Science*

„Großbritannien – gestern, heute, morgen“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf mich zunächst bedanken für die freundlichen Worte der Begrüßung sowohl für den Clan – ich glaube, ein Clan beginnt schon bei zweien – als auch für mich. Es ist immer ein besonderes Vergnügen, nach Hamburg zu kommen. Und es ist ein ganz besonderes Vergnügen, nach Hamburg zu kommen und über England zu reden.

Es ist ja nicht immer ganz leicht, die Art von Doppelsexistenz zu führen, die ich gegenwärtig führe; denn manchmal kommt es mir so vor, als ob ich nicht nur in England ein Deutscher bin, sondern auch in Deutschland ein Engländer, und diese Mischung führt – gelegentlich zumindest – zu Schwierigkeiten.

Wenn ich in England britische Dinge kritisiere – und das tue ich ziemlich heftig und regelmäßig –, dann finde ich zwar gelegentlich Zustimmung, bekomme aber auch Briefe von Menschen, die sagen: Ich bin Steuerzahler in diesem Land, und ich verbitte mir diese Kritik von jemandem, der von außen gekommen ist. Es ist interessant, dass die Leute immer sagen, sie seien Steuerzahler, und sich weiter nicht national identifizieren. Sie machen es mir dadurch leicht, zu antworten, dass ich auch Steuerzahler bin und wahrscheinlich mehr Steuern zahle als derjenige, der mir schreibt, und daraus vielleicht ein gewisses Recht beziehe zur Kritik an den Verhältnissen dort und umgekehrt.

Wenn ich in Deutschland England lobe, dann kriege ich regelmäßig Briefe aus Deutschland, die sagen, ich sei auch einer von jenen, die ihr Land um ein Scherbengeld verraten hätten und sich jedenfalls völlig hingeeben hätten an das Ausland, was ja leider eine der schlimmen Traditionen dieses Landes sei.

In Hamburg – das jedenfalls ist mein Gefühl – laufe ich weder die eine noch die andere Gefahr. Ich kann nicht recht sagen, dass Hamburg England in „fürsorglicher Belagerung“ hält, aber ein Element der Fürsorglichkeit ist wohl vorhanden und gleichzeitig ein Element der freundschaftlichen Kritik. Genau das ist heute meine Absicht.

Die Faszination mit Großbritannien ist seit langem und keineswegs nur in Deutschland groß. Das ist ein Phänomen, das sich über die Jahrhunderte hinzieht, jedenfalls über das letzte Jahrhundert.

Im Vorwort zum „Kapital“ sagt Marx: „Sollte jedoch der deutsche Leser pharisäisch die Achsel zucken über die Zustände der englischen Industrie- und Ackerbauarbeiter oder sich optimistisch beruhigen, dass in Deutschland die Sachen noch lange nicht so schlimm stehen, so muss ich ihm zurufen: De te fabula narratu!“ Das heißt also: Die Geschichte, die hier erzählt wird, ist deine eigene Geschichte. Marx hatte bekanntlich seine Materialien zum großen Teil im Britischen Museum aufgelesen, in den Berichten der Fabrikinspektoren, und sich im Wesentlichen mit England beschäftigt.

Wenn man 110 Jahre weiter geht – in die Gegenwart hinein –, dann gibt es ein Buch, das jedenfalls in England viel diskutiert wird, das Buch des amerikanischen Journalisten Bernhard Nossiter unter dem Titel „Britain – The future that works“ – die Zukunft, die funktioniert. Und in diesem Buch versucht Nossiter darzustellen, dass Großbritannien in seinen Strukturen etwas repräsentiert, was andere auch ganz gut brauchen könnten, ja etwas, das andere froh sein dürften, auch zu haben. Das sind zwei Formen der Faszination –, zwei sehr verschiedene Formen. Beide sind bis heute vorhanden, beide können als Ausgangspunkt einer Betrachtung von Großbritannien gestern, heute und morgen dienen.

Zwei Einschränkungen sind noch vorausszuschicken. Die erste Einschränkung ist diese: Was immer ich hier heute über die britischen Verhältnisse sage – Großbritannien ist kein Modell für andere. Überhaupt ist es etwas unsinnig,

wenn man Länder anderen als Modell vorhält. Eine der auffälligen Tatsachen der Sozialgeschichte liegt gerade in den Unterschieden, die sich naturwüchsig in verschiedenen Ländern entwickelt haben. Diese Unterschiede führen zu je eigentümlichen Austarierungen der verschiedensten ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen, und sie bedeuten nicht, dass es irgendeinen Grund gäbe, dem einen Land zu sagen, dass es so wie ein anderes sein sollte.

Dann eine zweite Einschränkung: Ich werde viel von Unterschieden sprechen – am Ende ist es ja meist der kleine Unterschied, auf den es ankommt –, aber bei allen Unterschieden zwischen Deutschland und England sollte man doch nicht vergessen, dass diese beiden Länder sich im Weltmaßstab in vielem ähnlich sind. Man sollte zum Beispiel auch nicht vergessen, dass im Weltmaßstab Großbritannien ein reiches, hoch industrialisiertes, demokratisches Land ist, das in dieselbe Kategorie von OECD-Ländern, von führenden OECD-Ländern, gehört, in die auch die Bundesrepublik Deutschland und einige andere gehören. Das heißt also: Man darf die Unterschiede nicht überziehen, auch wenn es amüsant ist, in einem Vortrag vor allem diese Unterschiede zu betonen.

Um nun also mit dem Großbritannien von gestern zu beginnen: Die britische Sozialgeschichte der letzten 100 Jahre – und wenn man will, kann man sehr viel weiter zurückgehen; das werde ich hier aber nicht tun – zeigt eine Reihe von Merkmalen, die dieses Land ganz wesentlich unterscheiden von allen anderen Ländern, die diesen komplizierten, oft schmerzhaften und explosiven Weg in die Modernität gegangen sind.

In gewisser Weise ist Großbritannien das einzige Land der Welt, in dem der Prozess der Modernisierung und Industrialisierung ohne einschneidende politische und vielleicht sogar gesellschaftliche Brüche vonstatten gegangen ist. Jedenfalls findet man im heutigen England nicht nur in den Symbolen, die der Tourist sich ansieht, viele Spuren des England von 1879, 1779, 1679.

Im Rechtssystem ist die Tradition ganz besonders deutlich. Aber auch in vielen anderen Bereichen der gesellschaftlichen Organisation – und einige werde ich erwähnen – ist diese durchgängige, wenn man so will, organische Tradition der britischen Geschichte kennzeichnend für das Land. Das hat eine Reihe von Folgen gehabt, die noch heute spürbar sind, auch wenn ich nachher argumentieren werde, dass es Tendenzen gibt, die auf diese Folgewirkungen der organischen Modernisierung in Großbritannien verändernd einwirken.

Lassen Sie mich über fünf dieser Folgen ein paar Bemerkungen machen, und zwar zunächst ohne jede Bewertung. Es geht mir zunächst nur um das Verständnis dieses eigentümlichen und wichtigen Landes. Dabei sind fünf Folgen also der organischen Industrialisierung und Modernisierung ohne Brüche zu betonen.

Erstens: Ich glaube, man kann sagen, dass – jedenfalls für lange Zeit – in Großbritannien das, was man Autorität nennt, in den Strukturen der Gesellschaft, der Wirtschaft, im politischen Gemeinwesen intakter geblieben ist, als das in irgendeinem Land gilt, in dem der Prozess der Modernisierung mit größeren Brüchen vor sich gegangen ist.

Ich habe mir aus Anlass des Kongresses der Labour Party vor 14 Tagen noch einmal überlegt, was eigentlich los ist in einem Land, in dem die ungeheuer radikalen Forderungen, die die extreme Linke der Labour Party an die Partei richtet, die folgenden drei Forderungen sind: 1.) Es sollen bei jeder Wahl erneut die Kandidaten zum Unterhaus aufgestellt werden. Das heißt also: Es soll Schluss gemacht werden mit dem System, nach dem die Kandidaten nur einmal aufgestellt werden und dann für immer Kandidaten sind. 2.) Es soll der Parteiführer in Zukunft nicht mehr nur noch von der Unterhaus-Fraktion gewählt werden, sondern er soll vom Parteitag gewählt werden. 3.) Die Parteiorganisation soll in irgendeiner Form an der Ausarbeitung des Wahlprogramms beteiligt werden. Das sind die Forderungen der Extremisten.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist mir natürlich dabei nicht entgangen, dass die Struktur des Parteitages der Labour Party sich wesentlich unterscheidet von der Struktur von Parteitag, wie es sie nach dem Parteiengesetz in der Bundesrepublik gibt. Nichtsdestoweniger spricht

aus dieser Debatte die Tatsache, dass in dem Land und in seinen Institutionen an allen Ecken und Enden ein Maß an Anerkennung von hergebrachten Regelungen, insbesondere im Hinblick auf die Ausübung von Autorität, wirksam geblieben ist, das man weder in Deutschland noch in Frankreich, noch in den meisten anderen industrialisierten Ländern, auch nicht in den Vereinigten Staaten, in dieser Form kennt.

Man könnte viele andere Beispiele geben, einschließlich mancher aus meinem eigenen Erfahrungsbereich (obwohl ich nicht zu sehr aus dem Nähkästchen plaudern will; denn so weit ist Hamburg nicht weg von London). Es ist nach wie vor möglich in England für jemanden, der den Vorsitz führt in einer Versammlung – wie das übrigens gestern der Vorsitzende des Parteitages der Konservativen getan hat –, schlicht bestimmte Resolutionsvorschläge abzuweisen, Abstimmungen nicht durchzuführen und für sich das Vorrecht in Anspruch zu nehmen, den Gang der Diskussion zu resümieren und durch sein Resümee die Entscheidung in das Protokoll zu schreiben. Dies ist eine Form der Autoritätsausübung, aus der eben jener organische Prozess ohne Brüche spricht, jener organische Prozess, der Großbritannien vor allem anderen kennzeichnet.

Das führt mich zu einem zweiten Punkt, einem, den ich selbst sehr stark betonen würde, weil er nach meiner Meinung einen der Hauptunterschiede zwischen Großbritannien und den anderen Industriegesellschaften ausmacht. Trotz der enormen Belastung, die jede Gesellschaft im Prozess der Modernisierung und Industrialisierung erleidet, ist es kennzeichnend für Großbritannien, dass die Bindungen zwischen Menschen, also die Solidarität innerhalb von Gruppen, ein beherrschender Wert des Landes geblieben ist. Man mag sagen, dass das zum Teil zum Nachteil des Landes ausschlaggebend ist; auch hier gilt, dass Stärken und Schwächen sehr nahe beieinander liegen. Es ist richtig, dass, wer in England bei seinen Freunden etwas gelten will, aufpassen muss, das er nicht besser ist als seine Freunde, also dass er sich innerhalb der Werte der Gruppe hält, in der er tätig ist. Die Art von individueller Konkurrenz, bei der vor allem der Erfolg des Einzelnen zählt, ist England in vielen Teilen fremd.

Manchmal bin ich versucht, hinzuzufügen: Diejenigen, die die individuelle Konkurrenz der britischen Form der Solidarität in Gruppen vorziehen, haben das Land seit der „Mayflower“ und vielleicht auch vorher schon verlassen und sich in andere Teile der Welt begeben – es sind nach wie vor viele Tausende in jedem Jahr. Das Land ist in einem bestimmten Sinne eine Solidaritätsgesellschaft. Das mag missverständlich sein; ich meine nämlich nicht, dass England als Ganzes eine solidarische Gesellschaft bildet. Das ist gerade nicht der Fall. Wohl aber haben Menschen ein starkes Empfinden für die Solidarität in den Gruppen, in denen sie leben, und damit auch für die Abgrenzung von anderen Gruppen. Abgrenzungsdispute sind nicht zufällig ein Hauptgrund der industriellen Auseinandersetzungen, einschließlich von Abgrenzungstreitigkeiten zwischen Gewerkschaften. England ist dennoch eine Solidaritätsgesellschaft, in der das Auskommen mit anderen wichtiger ist als das Vorankommen des Einzelnen mit allen Folgen, die das hat für wirtschaftliche Stagnation, aber auch mit allen Folgen für die Annehmlichkeiten des Lebens in diesem Lande.

Vielleicht ist es am Platze, hier auf eine schlagende Tatsache hinzuweisen. Die Zahl der Selbstmorde ist bei etwa gleicher Bevölkerungszahl in Deutschland dreimal so hoch wie in England. Daraus spricht, wie ich meine, ein Hinweis darauf, dass die englische Gesellschaft durch ihre Bindungen den Einzelnen noch sehr viel stärker hält und trägt, als das in der deutschen Gesellschaft gilt. Was für Deutschland gilt, gilt übrigens ähnlich auch für Amerika und andere Länder.

Ein dritter Punkt: Wenn man sich die britische Politik betrachtet – und von ihr wird gleich noch einmal die Rede sein –, dann fällt auf, dass sie nach wie vor als eine Art mittelalterlichen Turniers gespielt wird. Das heißt: In der britischen Politik spielt das, was britische Wissenschaftler als „adversary politics“, als gegnerische Politik bezeichnen würden, eine ganz außerordentliche Rolle.

Die britische Politik ist grundsätzlich ein Nullsummenspiel, bei dem die einen gewinnen und die anderen verlieren. Das Wort Koalition scheint den meisten, die in der britischen Politik tätig sind, eine ganz unerträgliche Vokabel. Sie sind der Meinung, dass bei Wahlen der eine gewinnen und der andere verlieren muss und dass man auch dafür sorgen muss, dass einer gewinnt. Der, der gewinnt, hat dann das Recht, grundsätzlich alles zu tun, was ihm richtig scheint.

Der gegenwärtige Lord Chancellor, Lord Hailsham, hat vor zwei Jahren in einer berühmt gewordenen Vorlesung im Fernsehen gesagt, Großbritannien sei eine „elective dictatorship“, eine Wahldiktatur, in der derjenige, der die Wahl gewinnt, eben das volle Recht zum Regieren hat in einem Maße, das der amerikanische Präsident ganz sicher nicht hat, der deutsche Bundeskanzler nicht hat und selbst der französische Präsident nicht hat. Denn derjenige, der gewählt ist, hat zugleich die Unterhaus-Mehrheit und kann mit ihr im Grunde schalten und walten. Jedenfalls gilt das im Normalfall. Dazu gleich noch ein Wort.

Politik als Nullsummenspiel kann eine ganze Reihe von Folgen haben. Eine der Folgen, an die sich die Engländer sehr wohl erinnern, ist, dass es oft rasche und tief greifende Änderungen in der Politik gibt. Großbritannien hat allein seit Kriegsende drei verschiedene Systeme für Altersrenten gehabt – eine Tatsache, die finanzpolitisch wie sozialpolitisch zu schmerzhaften Überlagerungen und Verwerfungen geführt hat und heute noch führt. Sie ist überdies nicht das einzige Beispiel dafür, dass dieses mittelalterliche Turnier zwar eine ästhetisch eindrucksvolle, aber vielleicht in der Substanz nicht immer angemessene Form ist, Politik zu betreiben.

Ein vierter Punkt von erheblicher Bedeutung wird am Schluss noch einmal kurz aufzunehmen sein:

Sicher ist es richtig, zu sagen, dass in Großbritannien die Marktwirtschaft stärker Schaden gelitten hat als in den meisten anderen OECD-Ländern. Zum Teil beruht das auf der stärkeren Betonung des öffentlichen Sektors und der Regierung. Zum Teil beruht es auf der außerordentlichen Größe der erfolgreichen britischen Unternehmen und dem seit langem schon auffälligen Fehlen der Klein- und Mittelindustrie im Lande. Insoweit also ist im wirtschaftlichen Bereich der Markt sicher nicht mehr lebendig. Aber: Markt hat nicht nur im wirtschaftlichen Bereich seinen Sinn. Es gibt auch so etwas wie eine Marktgesellschaft; es gibt auch so etwas wie Autonomie von Institutionen im sozialen Bereich. Und was diese betrifft, was also die Möglichkeit betrifft, sogar im öffentlichen Sektor ohne direkte staatliche oder Regierungskontrolle zu wirken, so ist Großbritannien in einer bemerkenswerten Weise nach wie vor wenn nicht Modell, so doch ein interessantes Beispiel. Viele Institutionen werden zwar mit öffentlichen Mitteln finanziert, aber nicht direkt vom Staat kontrolliert.

Ich weiß nicht, wie viele Beamte in Hamburg in der Hochschulbehörde verantwortlich sind für die Hochschulen; aber ich weiß, dass in Großbritannien für 45 Hochschulen sechs Beamte des höheren Dienstes im Department of Education and Science tätig sind. Der Grund dafür ist, dass mit der Methode der Globalzuweisung durch ein University Grants Committee, das eine Art Pufferorganisation zwischen der Regierung und den Universitäten ist, diesen öffentlich finanzierten Einrichtungen ein Maß an Autonomie gegeben wird, das der Tradition Deutschlands völlig widerspricht.

Ähnliches gilt in manchen anderen Bereichen. Nimmt man etwa die BBC, so ist auch sie ein interessantes Beispiel; der Verwaltungsrat des BBC besteht nach wie vor aus etwas, was es zwar in der Theorie nicht gibt, was aber in der Praxis besser ist als das deutsche System, nämlich aus unabhängigen Menschen, aus Leuten, die ernannt sind, weil sie unabhängig sind, und nicht in dem Versuch ernannt sind, sozusagen die Meinung der Wahlbürger im Verwaltungsrat naturgetreu widerzuspiegeln. Diese Art von Verwaltung öffentlicher Einrichtungen in einer autonomen und unabhängigen Weise – es ließen sich viele andere Beispiele nennen – führt dazu, dass man davon reden kann, dass in Großbritannien zwar die Marktwirtschaft schwach, aber die Marktgesellschaft stark ist, während in der Bundesrepublik vergleichsweise die

Marktwirtschaft stark ist, aber die Gesellschaft doch sehr stark eine Staatsgesellschaft geblieben ist.

Das führt mich zu einem fünften Punkt, dem letzten in dieser Liste, die sich auf das Gestern bezieht. Das ist die Wirtschaft selber und die Einstellung zur Wirtschaft in Großbritannien. Wie man diese Einstellung letzten Endes erklärt, muss hier eine offene Frage bleiben. Jedenfalls gilt, dass die frühzeitige Industrialisierung in Großbritannien auch dazu geführt hat, dass die vorherrschende Einstellung der Menschen zur Wirtschaft und insbesondere zur Industrie von Anfang an und bis auf den heutigen Tag höchst merkwürdig geblieben ist. Wer etwas auf sich hält, geht nicht in die Industrie. Das gilt nicht erst in den letzten zehn Jahren, das galt während der ganzen 150 Jahre der Industrialisierung. Gewiss sind manche, die die Industrialisierung vorangehen haben, dann aufgesogen worden in die führende Schicht – vielleicht die Oberschicht – des Landes; aber typischerweise entscheiden sich begabte junge Menschen nach wie vor für die freien Berufe oder die öffentliche Verwaltung oder das akademische Leben und nicht für die produzierende Wirtschaft. In gewisser Weise ist Großbritannien weniger zu einer industriellen Gesellschaft geworden, als das für Deutschland gilt oder Amerika oder Japan. Irgendwie sind die Werte der industriellen Welt nicht ganz durchgedrungen, und das bedeutet, dass sich eine Einstellung durchgehalten hat, wonach der Wohlstand aus irgendwelchen anderen Quellen kommt. Das ist eine eigentümlich passive, nicht immer erfolgreiche Einstellung, obwohl man ja sagen muss, dass es interessant ist, wie es sich als möglich erwiesen hat, das Empire rings um die Welt zu ersetzen durch das Empire auf dem Boden der Nordsee. Das heißt: Großbritannien hat sich geradezu darauf verlassen, dass es seinen Wohlstand nicht aus eigener Tätigkeit der Besten im Lande bekommt. Es zahlt dafür einen Preis. Es ist also ein Merkmal der britischen Gesellschaft geblieben, dass sie von den wirtschaftlichen, insbesondere den industriewirtschaftlichen Werten weniger erfasst worden ist.

Deutschland (von dem ich hier nur sozusagen als Hintergrund sprechen will) ist in mancher Hinsicht genau das Gegenstück zu diesen Traditionen der britischen Gesellschaft. Ich sage ‚in mancher Hinsicht‘, weil ich noch einmal betone: Man soll die Unterschiede am Ende auch nicht überschätzen. Aber Deutschland ist schon durch und durch eine industrielle Konkurrenzgesellschaft, in der die Konkurrenz zwischen Individuen sehr stark der Gesellschaft ihr Gepräge gibt und vielleicht auch ein Anlass ist für so viele Probleme, die sowohl der Einzelne als auch die Gruppen, in denen er lebt, erleben.

Die Unterschiede sind also deutlich genug. Sie erklären möglicherweise, warum England wirtschaftlich relativ wenig erfolgreich gewesen ist, und zwar durch die ganzen letzten 90 Jahre hin, warum es andererseits bis auf den heutigen Tag eine merkwürdige Anziehungskraft auf Menschen ausübt, die eine bestimmte Form des Lebens lieben.

Deutschland umgekehrt ist ein Beispiel wirtschaftlichen Erfolges und gleichzeitig ein Land, in dem viele Menschen Probleme des menschlichen Zusammenlebens spüren, sowohl an sich selber eben als auch in der Gruppe, in der sie leben, die England fremd sind. Aber ich betone: Ich habe bisher nur von gestern gesprochen. Es wäre völlig falsch, wenn ich meinen Vortrag darauf beschränkt hätte, Ihnen dieses idyllische Bild eines sich organisch industrialisierenden Landes, das sich auf einem relativ erträglichen, aber nicht sehr hohen Niveau wirtschaftlicher Entwicklung niederlässt, zu geben.

Das letzte Jahrzehnt und vielleicht die letzten 20 Jahre sind für Großbritannien außerordentliche Jahre großer Schwierigkeiten gewesen. Wer verstehen will, was heute in Großbritannien passiert, der muss sich diese Schwierigkeiten ansehen, die aus allen Himmelsrichtungen auf das Land zugekommen sind. Ich erwähne einige in aller Kürze, weil sie mir besonders wichtig scheinen, um zu verstehen, was nun heute und morgen geschieht.

England ist vergleichsweise arm geworden. In einem Vierteljahrhundert, in dem das durchschnittliche Wirtschaftswachstum des Bruttosozialprodukts in einer ganzen Reihe von Ländern bei etwa viereinhalb Prozent – jedenfalls nicht sehr weit davon – lag, blieb das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Großbritannien bei etwa zweieinhalb Prozent. Und es ist diese berühmte

Zeit von 1948 bis 1973, in der man jene Scherenbewegung gesehen hat, in deren Verlauf Deutschland, Frankreich und andere Länder sich sowohl in ihrer gesamten Wirtschaftskraft als auch im Einkommen des Einzelnen wesentlich voranentwickelt haben, während Großbritannien zumindest relativ zurückgefallen ist. Das ‚relativ‘ ist zu betonen. Die Entwicklung ist nichtsdestoweniger wichtig. Realeinkommen liegen für viele Berufsgruppen in Großbritannien etwa bei der Hälfte der Realeinkommen hier, und das ist auch dann noch relevant, wenn man in Rechnung stellt, dass bestimmte wichtige Ausgaben im Leben – wie insbesondere der Preis des Wohnens – in Großbritannien wesentlich niedriger sind als in Deutschland und in vielen anderen Ländern. In einem sich verändernden, und zwar sich verschlechternden sozialökonomischen Klima bedeutet diese relative Armut eine ständige Quelle von Fragen, Zweifeln, von Konflikten, und zwar auch dann, wenn der durchschnittliche Engländer sich trotz einer gelegentlichen Reise auf den Kontinent nicht regelmäßig mit seinem Berufskollegen in anderen europäischen Ländern vergleicht.

Ein zweiter großer Problembereich, der in diesen letzten Jahren entstanden ist, betrifft den öffentlichen Sektor. Es ist nicht ganz leicht zu beschreiben, was eigentlich seine Besonderheit in Großbritannien ist, wenn man absieht von Phänomenen wie dem staatlichen Gesundheitsdienst. Der öffentliche Sektor, ist in Großbritannien – rein quantitativ gesehen – nicht wesentlich größer als in vergleichbaren Ländern. Aber ich glaube, es ist richtig zu sagen, dass es privilegierter ist oder zumindest privilegierter war. In einem starken Maße ist das wirtschaftliche und das gesellschaftliche Klima des Landes geprägt worden durch seine Organisationen und Industrien im öffentlichen Sektor, und das hat sich auch in der Politik sehr stark niedergeschlagen. Das Folgende gilt vielleicht auch in anderen Ländern; aber in England gilt es ganz ausgeprägt und könnte sehr hübsch dargelegt werden anhand einer Analyse der Zusammensetzung der Wählerschaft und der Parteien – ich meine die Tatsache, dass die Labour Party die Partei des öffentlichen Sektors geworden ist und die Konservative Partei die des Privatsektors, so dass sich hier in gewisser Weise ein Konflikt abspielt, der nicht ein klassischer Klassenkonflikt ist, sondern einer, bei dem es um die relative Privilegierung des einen oder anderen Bereiches menschlicher Tätigkeit und Versorgung geht. Möglicherweise ist dies, wie gesagt, ein Punkt, bei dem es Ähnlichkeiten nicht nur zwischen England und Deutschland gibt, sondern zwischen allen entwickelten Ländern. Immerhin hat sich vor allem in England der Eindruck ausgebreitet, dass das Land, wie Mrs. Thatcher das einmal gesagt hat, zu einer Art „Taschengeld-Gesellschaft“ geworden ist, bei der der Einzelne das Gefühl hat, dass der Staat ihm das meiste wegnimmt, um für ihn zu entscheiden, wie er es ausgeben soll, und ihm sozusagen nur noch ein Taschengeld von seinem Gehalt lässt. Sicher steckt auch dieses Empfinden hinter dem Wahlsieg von Mrs. Thatcher im Mai. Die Rolle des öffentlichen Sektors ist also eines der Probleme, mit denen das Land fertig werden muss.

Drittens: Das politische System, das System des mittelalterlichen Turniers, von dem ich gesprochen habe, funktioniert in diesen Jahren nur sehr begrenzt. Man muss manchmal daran erinnern, dass der spektakuläre Wahlsieg von Mrs. Thatcher am 3. Mai dieses Jahres ja auf 44 Prozent der abgegebenen Stimmen beruht bei einer Wahlbeteiligung von etwas über 75 Prozent. Das heißt also: In den Begriffen anderer Länder war das Ergebnis keineswegs spektakulär; jedenfalls war das Ergebnis von Herrn Kohl bei der letzten Bundestagswahl sehr viel spektakulärer als das von Mrs. Thatcher, wenn man es in Prozenten misst. Es ist aber die beschriebene Turnierhaltung, die dazu führt, dass – umgesetzt durch das Wahlrecht natürlich – Mrs. Thatcher mit 44 Prozent doch eine Mehrheit von 40 Sitzen im Unterhaus haben kann. Indessen bleibt die Tatsache bestehen, dass in den letzten Jahren – das heißt 1974 bei beiden Wahlen und wiederum 1979 – nahezu 50 Prozent der Wahlberechtigten nicht für eine der beiden großen traditionellen Regierungsparteien Großbritanniens gestimmt haben. 1974 haben in beiden Wahlen 25 Prozent ihre Stimme anderen Parteien gegeben, 1979 waren es immer noch etwa 20 Prozent. Es gibt also durchaus verbreitete Zweifel. Nur ist es sehr viel schwie-

riger, wenn man Wahlkreiskandidaten durchsetzen muss, diesen verbreiteten Zweifeln im Parlament zum Ausdruck zu verhelfen. Doch sollte niemand sich darüber täuschen, dass der Zweifel an den großen Parteien in Großbritannien mindestens so ausgeprägt ist wie in anderen Ländern. Zu diesen Zweifeln gehört auch die so genannte „Wahldiktatur“, um Lord Hailsham noch einmal zu zitieren; zu diesem Zweifel gehört auch die Art, in der das Unterhaus funktioniert, also ohne Ausschüsse, ohne irgendeine Form der Kontinuität des parlamentarischen Regierens.

Vierter Punkt: Großbritannien zeigt in einer ausgeprägten Weise in diesen Jahren eine Entwicklung, die zu den großen Paradoxien der Modernität gehört. Moderne Gesellschaften waren lange Zeit dadurch stark, dass, insofern in ihnen rechtsstaatliche Grundsätze galten und liberale Prinzipien vorherrschten, Minderheiten einen besonderen Schutz genossen. In Großbritannien zeigt sich stärker als anderswo, in wie eigentümlicher Weise der Minderheitenschutz umschlagen kann in eine Minderheitenherrschaft, das heißt, wie die Möglichkeit für Minderheiten, sich Gehör zu verschaffen, zu einer Situation führen kann, in der die Mehrheit still, um nicht zu sagen schweigend, hinnimmt, was die Minderheit sagt, weil die Minderheit aktiver ist und ständiger aktiv. Dies – und nicht der Charakter der nationalen Gewerkschaftsführer – ist das Problem der britischen Gewerkschaften. Das Problem besteht also nicht darin, dass die im Fernsehen erscheinenden Vorsitzenden der großen Gewerkschaften verantwortungsloser wären als die Vorsitzenden der großen Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Vielmehr hat es seinen Ursprung am Arbeitsplatz, womit übrigens in gewisser Weise die These von der Marktgesellschaft bestätigt wird, wonach vieles dezentral geschieht. Am Arbeitsplatz aber gibt es zweifellos – wenn man ein sehr starkes Wort wählen will, und ich will es einmal wählen – eine gewisse Terrorisierung der Mehrheiten durch aktive Minderheiten, die, koste es, was es wolle, bestimmte Streitigkeiten beginnen, weiterführen und auch dann weiterführen, wenn sie zur Schließung von Unternehmen führen. Das ist ein Teil der Tragödie von „British Leyland“, das ist ein Teil der Tragödie der „Times“, das ist ein Teil mehrerer der Tragödien, von denen wir in den Zeitungen lesen. Großbritannien ist weniger als andere gewappnet gegen diese Art von Minderheitenherrschaft. Dies ist einer der wenigen Punkte, an denen für das Land nun doch deutlich wird, dass das Fehlen einer geschriebenen Verfassung mit den dazugehörigen Grundrechten und der dazugehörigen Funktion bestimmter Gerichte Nachteile bringen kann. Dies ist auch der Punkt, an dem aus dem Kreise britischer Juristen in den letzten Jahren der Ruf nach einer so genannten „Bill of Rights“, nach einem Grundrechtskatalog, laut geworden ist.

Ein weiterer Aspekt des Wandels ist noch hinzuzufügen, den die meisten, die von Großbritannien sprechen, nicht erwähnen, das ist die Rassenfrage. Heute sind nahezu fünf Prozent der Einwohner der Insel farbige. Ihre Farben sind unterschiedlich. Das ist nicht ironisch gemeint, sondern will sagen, dass Pakistanis und Inder, insbesondere wenn sie aus Afrika kommen, also dort schon als leistungsfähige Minderheiten gelebt haben und gerade darum aus den Ländern vertrieben wurden, Gruppen sind, die durch ihren Fleiß, ihre Disziplin, ihre beruflichen Errungenschaften sich vergleichsweise leichter zurechtfinden. Die westindische Minderheit ist sicher die schwierigste Minderheit. Aber insgesamt bleibt die eigentümliche Tatsache, dass der Wunsch der Linken, sich ein neues Proletariat heranzuzüchten, weil es kein eigenes mehr gab, und der gleichzeitige Wunsch der Rechten, die Fiktion des Empire noch einmal zu betonen, zu dem übereinstimmenden Schluss geführt haben, dem Land ein Problem aufzuhalsen, für das es ganz unzulänglich vorbereitet ist. In den Vereinigten Staaten hat es beinahe 200 Jahre gedauert, bevor das Land Mittel und Wege gefunden hat, um wenigstens erste entscheidende Schritte zu tun, die der farbigen Minderheit eine angemessene Position in der amerikanischen Gesellschaft garantieren könnten. In Großbritannien wird das noch lange dauern, und in der Zwischenzeit wird das Rassenproblem – vor allem in den großen Städten, wo es eben nicht fünf Prozent sind, sondern zehn, wo es in Wohnvierteln nicht zehn, sondern 25 und 30 Prozent sind und wo es in Schulen 50 Prozent sind – ein Hauptanlass sein für eine Gewaltsam-

keit, die dem Land an sich fremd ist, für die es aber in den letzten Jahren manche Spuren gibt.

Das sind die Entwicklungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die gleichsam die Kulisse der britischen Politik heute ausmachen. Es ist nach meiner Meinung bedauerlich, dass vor dieser Kulisse der britischen Politik ein Prozess eingesetzt hat, der sich in den beiden großen Parteien nur als Prozess der Radikalisierung beschreiben lässt. In der Labour Party, jedenfalls in ihrer Parteiorganisation, scheint der Eindruck vorzuherrschen, dass nur durch mehr Sozialismus – was immer das heißt – Wähler zurückgewonnen werden können, dass jedenfalls der öffentliche Sektor seine Privilegien behalten muss, ja, dass der öffentliche Sektor ausgeweitet werden muss und dass dies alles geschehen muss mit Mitteln, die für manche führenden Labour-Politiker an der Grenze der demokratischen Politik liegen. Unter den Konservativen hat sich der Eindruck verbreitet, dass es nicht mehr zureicht, eine im strengen Sinne konservative Politik zu betreiben, sondern dass man eine radikale Wende der britischen Politik braucht. Diese radikale Wende der britischen Politik ist insbesondere gekennzeichnet durch den Versuch der Nachahmung von Ludwig Erhard im wirtschaftlichen Bereich – das jedenfalls ist der Traum von Mrs. Thatcher –, darüber hinaus aber wird eine ähnlich radikale Wende im Hinblick auf die Behandlung von Minderheiten, auf die Einwanderer, also auf die Problematik von Recht und Ordnung, in einer Reihe von anderen Bereichen gesucht.

Was in Großbritannien seit dem 3. Mai dieses Jahres geschehen ist – vielleicht ist das außerhalb der Grenzen des Landes nicht ganz so deutlich geworden –, mag politisch-ästhetisch bemerkenswert sein. Es ist indes tatsächlich die tiefgreifendste Veränderung, die in diesem Lande seit Kriegsende stattgefunden hat, wobei ich die erste Labour-Regierung nach dem Kriege in diese Aussage einschließe. Das ist aber eine tief greifende Veränderung, die sehr viele Menschen im Lande ratlos lässt; denn sie fragen sich, ob dies wirklich die Zeit ist, in der eine so radikale Wende irgendeinen Erfolg versprechen kann.

Die Zweifel, die ich hier äußern will, sind nicht Zweifel, die aus der Oppositionsposition kommen. Es sind Zweifel von jemandem, dessen eigenes Interesse im Augenblick vornehmlich darin besteht, zu verstehen, was eigentlich in der Welt um uns herum vor sich geht. Ich selber habe längst nicht mehr das Gefühl, dass ich wüsste, was ich tun würde, wenn ich die Chance hätte, politisch etwas zu tun. Ich glaube, dass die Dinge sich sowohl im wirtschaftlichen als auch im gesellschaftlichen und im politisch institutionellen Bereich in einem Maße kompliziert haben, das es fast unmöglich macht, Antworten mit großem Selbstvertrauen und großer Eindringlichkeit zu geben. Gerade hier liegt dann auch meine tiefe Skepsis gegenüber den beiden Radikallösungen, die in Großbritannien heute angeboten werden, begründet.

Ludwig Erhard hat ja in einer Situation operiert, die, wenn sie nicht einmalig war, doch jedenfalls sehr selten vorkommt, nämlich einer, in der zwei diametral verschiedene politische Ansätze gleich möglich waren. Es wäre durchaus denkbar gewesen, dass die Besatzungszonen und dann die Bundesrepublik 1948/49 etwa den Weg Großbritanniens gegangen wären: bloß nicht die Rationierung zu rasch aufheben, dafür sorgen, dass nicht die Armen benachteiligt werden, staatliche Planwirtschaft et cetera. Es war ganz nahe dran. Sicher wäre es nicht unmöglich gewesen, in der deutschen Situation, eine solche Politik zu verfolgen. Am anderen Ende stand Ludwig Erhard mit seiner großen, mutigen und unter den historischen Umständen, unter denen er operierte, ungewöhnlich erfolgreichen Position. Das ist aber nicht die Ausgangslage von Mrs. Thatcher in Großbritannien heute.

Die Schwierigkeiten, die ich voraussehe, sind sowohl ökonomisch als auch sozial und politisch. Ökonomisch ist es ganz sicher schwierig, irgendein Land gegen den weltweiten Konjunkturzyklus zu führen. Insbesondere aber dürfte es schwierig sein, ein Land mit der britischen Tradition zu höheren Wachstumsraten zu führen, als sie Länder mit einer anderen Tradition haben. Es kommt hinzu, dass die Kombination von strikter Geldmengenkontrolle, also hohen Zinssätzen, starkem Pfund und der Aussicht auf beträchtliche Lohn-



und Gehaltserhöhungen wegen der so genannten Tariffreiheit, die Unternehmer nicht gerade ermutigt – jedenfalls nicht zu exportintensiven Industrieentwicklungen. Auch aus diesem Grunde wird schon jetzt, nach wenigen Monaten der neuen Regierung, ein beträchtlicher Zweifel an der Praktikabilität der neuen Wirtschaftspolitik in Großbritannien laut, und zwar insbesondere in Kreisen des Unternehmerverbandes. Es ist ja nicht überraschend, dass die Gewerkschaften von Anfang an eine negative Position angenommen haben. So leicht ist es nicht, ein Land aus einer 80-jährigen Tradition flacher Wirtschaftsentwicklung herauszuführen mit der These, dass, wenn nur Anreize für den Einzelnen gegeben werden, schon alles in Ordnung kommen werde.

Gesellschaftlich ist nicht zu übersehen, wie wichtig der öffentliche Sektor tatsächlich ist in modernen Gesellschaften. Wenn man ein hinlänglich kleines Land hat, dann kann man mit dem öffentlichen Sektor vielleicht seine Spiele treiben, wie das – wie mir Gerüchte zu Ohren gebracht haben – Bundeskanzler Kreisky in Österreich getan hat, der sich schlicht dazu entschlossen hat, dass der öffentliche Sektor dazu da ist, Leute zu beschäftigen, während der private Sektor Gewinne machen und dafür sorgen soll, dass das Land leben kann. Daher darf im öffentlichen Sektor niemand entlassen werden. Der private Sektor ist dagegen frei, das zu tun, was nötig ist, damit er gewinnbringend funktionieren kann. Bis zu einem gewissen Grade mag das verantwortlich sein für die sonst erstaunlich niedrigen österreichischen Arbeitslosenzahlen. Dies, wie gesagt, geht in einem kleinen Land. Auch in großen Ländern aber gilt, dass die Anwendung des Prinzips, wonach, wer zu viel verlangt, dadurch andere arbeitslos macht, auf dem öffentlichen Sektor in dieser Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, in der es ja keineswegs ganz leicht ist, genug Arbeit für alle zu finden, ein Rezept ist, das fast mit Notwendigkeit zu inneren Auseinandersetzungen führen muss, von denen wir heute schon die ersten Spuren sehen.

Was sodann die politische Seite der Dinge betrifft, so würde ich von mir aus sagen, dass Konfrontation in einer Solidaritätsgesellschaft ein Rezept ist, das mit großer Wahrscheinlichkeit unter das Sprichwort fällt: ‚Wer Wind sät, wird Sturm ernten.‘ Es gibt einen Prozess der abnehmenden Legitimität der Regierungstätigkeit, der manchen nachdenklich stimmt. Fast möchte ich sagen: Das, was England mehr als andere braucht, ist konservative Politik, wie es sie vor zwei Jahren unter Herrn Callaghan hatte, und nicht radikale Politik, wie es sie unter Herrn Benn oder Frau Thatcher haben würde.

Nur, was folgt aus alledem? Was sind die Antworten, die man darauf geben wird? Wird Mrs. Thatcher im nächsten Jahr den ihr von vielen vorhergesagten „U-turn“, also die 180-Grad-Wendung, vornehmen? Wird sie gar von ihrer Partei durch jemanden abgelöst werden, der, wie es im „Daily Telegraph“, der konservativen Zeitung, gestern ein Abgeordneter ausdrückte, dem Herzen der Konservativen näher steht?

Ich will darüber nicht spekulieren. Ich möchte in meinen abschließenden Bemerkungen über die Zukunft Großbritanniens eigentlich nur hervorheben, an welchen Punkten ich die wesentlichen Wandlungen und die wesentlichen Konstanten sehe, die die unmittelbare Zukunft dieses Landes bestimmen werden.

Ich beginne einmal mit den Konstanten. In Großbritannien hat die Demokratie ganz gut funktioniert – nicht sehr gut, wie ich angedeutet habe, aber ganz gut – trotz der Tatsache geringen wirtschaftlichen Wachstums. Die Sorge, die in der Bundesrepublik unlängst Graf Lambsdorff ausgesprochen hat, die aber aus den Vereinigten Staaten stammt, wo Professor Huntington sie schon vor Jahren formuliert hat, dass Schwierigkeiten, Unregelmäßigkeiten und eine generelle Abflachung des Wirtschaftswachstums die Demokratie selber gefährden, weil sie eine Staatsform ist, in der die Parteien durch das Wecken immer höherer Erwartungen bei den Bürgern miteinander konkurrieren und weil aus diesem Grunde die Staatsform nicht überleben kann, wenn diese Erwartungen nicht mindestens zum Teil befriedigt werden können – diese Sorge ist sicher geringer in Großbritannien als in anderen Ländern.

Man könnte sogar sagen, dass Großbritannien ein Beispiel dafür liefert,

wie es möglich ist, demokratische Institutionen unter Bedingungen zweifelhaften und unbefriedigenden Wirtschaftswachstums aufrechtzuerhalten.

Wenn es stimmen sollte, dass die Arbeitsgesellschaft sich einem Punkt nähert, an dem ihr die Arbeit ausgeht – und ich zitiere damit Hannah Arendt –, wenn sich also die Frage stellen sollte, wie eigentlich das menschliche Leben aussehen wird in einer Gesellschaft, in der 60 Prozent oder 70 Prozent der Beschäftigten von heute dasselbe wirtschaftliche Resultat produzieren könnten, dann glaube ich wiederum, dass Großbritannien eher als andere Länder in der Lage sein wird, damit fertig zu werden.

Und weiter: Wenn Freiheit darauf beruht, dass marktartige Verhältnisse bestehen, dann ist die Kraft der Marktgesellschaft in Großbritannien sicher eine der Garantien der Freiheit, auf die man bauen kann.

Und wenn das Problem der Modernität darin liegt, dass Menschen zwar mehr Wahlchancen haben, dass diese Wahlchancen aber für viele ihre Bedeutung verloren haben, weil sie mit einem zu hohen Preis bezahlt worden sind, nämlich mit einem Preis an Bindungen, die diesen Wahlentscheidungen erst ihren Sinn geben, dann gilt wiederum, dass Großbritannien vielleicht besser platziert ist durch seine langsamere und organische Modernisierung. Hier sind Aspekte der britischen Wirklichkeit, bei denen die Hauptaufgabe darin liegt, sie nicht zu zerstören, also das, was stark ist, auch stark zu halten.

Auf der anderen Seite gibt es unzweifelhaft Notwendigkeiten der Veränderung, und zwar einer Veränderung, von der ich selber hoffen würde, dass sie durch Überzeugung und nicht durch Konfrontation realisiert wird. Dazu gehört ganz ohne Zweifel die Förderung der starken Elemente der britischen Wirtschaft. Das Wort Förderung mag sogar missverständlich sein. Im Grunde genommen meine ich, dass die starken Kräfte und Elemente der britischen Wirtschaft (die keineswegs nur in der Industrie sein müssen und es auch sicher nicht sind), Bedingungen brauchen, unter denen ihnen die Chance gegeben wird, ihre eigene Kraft fortzuentwickeln. Nicht ganz Großbritannien wird ja durch „British Leyland“ oder durch die „Times“ beschrieben.

Es gehört zu diesen notwendigen Veränderungen sicher eine Reform der politischen Institutionen, die die Legitimation dieser Institutionen verstärkt. Ich möchte ungern missverstanden werden. Ich bin – was manche von Ihnen überraschen mag – noch nicht einmal in Großbritannien ein Wahlrechtsreform-Fanatiker. Man kann mit dem Wahlrecht die Wirklichkeit nur sehr begrenzt beeinflussen, und ich glaube, dass die Vorstellung, dass das Wahlrecht alles entscheidet, was in einem Lande geschieht, irreführend ist. Aber es gibt andere Aspekte des parlamentarischen Systems in Großbritannien, die geradezu darauf angelegt sind, vertrauensschwächend zu wirken. Simple Dinge wie die Schaffung von parlamentarischen Ausschüssen und andere Zusammenhänge zwischen dem Parlament und der Verwaltung gehören dazu.

Dann ist ein Punkt zu nennen, bei dem ich selber heute eine ganz entschiedene Position vertrete: Ich bin in der Tat der Meinung, dass dieses Land mit seiner großen Tradition, die bis auf die Magna Charta zurückgeht, heute ein dringendes Bedürfnis hat nach einer Form der Verankerung gewisser individueller Grundrechte, die über das hinausgeht, was durch die bloße Annahme der Europäischen Menschenrechtskonvention geschaffen werden kann. Ich würde es sehr bedauern, wenn die neue konservative Regierung neben anderen Dingen das einführen würde, was man in Deutschland wohl Sondergesetzgebung (etwa für die Gewerkschaften) nennen müsste. Ich würde es sehr gern sehen, wenn diese Regierung und darüber hinaus eine breite Mehrheit im Unterhaus sich entschlösse, stattdessen gewisse Grundrechte des Einzelnen gegenüber allen auf seine Bewegungsfreiheit einwirkenden Mächten zu fixieren, wie das wahrscheinlich nur in einer „Bill of Rights“ geschehen kann.

Das sind ein paar Hinweise auf gewisse Besonderheiten der britischen Lage. Ich habe mir vorgenommen, diese Hinweise und damit den Vortrag abzuschließen mit einer Bemerkung, die vielleicht polemischer ist, als Schlussbemerkungen normalerweise sein sollten.

Natürlich stellt man sich die Frage, wenn man in dieser Weise Großbritannien darstellt und zumindest implizit Großbritannien und die Bundesrepublik

einander gegenüberstellt, wie denn diese beiden Länder erfolgreich in der Europäischen Gemeinschaft zusammenwirken können. Ohnehin stellt man sich ja die Frage, ob nicht die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft in den letzten acht Jahren mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten zwischen den Mitgliedern hervorgekehrt hat. Übrigens stellt sich weltweit die Frage, ob wir nicht in einer Periode sind, in der diese Unterschiede sichtbar werden.

Ich selber bin, was kaum besonderer Betonung bedarf, ein überzeugter Europäer im Sinne der politischen Integration Europas. Aber je mehr ich über die gegenwärtigen Institutionen nachdenke, desto mehr komme ich zu dem Schluss, dass das heutige Europa zwar politisch manche Ansätze sinnvoller Kooperation gefunden hat, aber institutionell an allzu vielen Punkten absurde Entwicklungen gefördert hat, die diese Unterschiede, die nun einmal bestehen, schlicht nicht respektieren.

Ich kann in Großbritannien schlechterdings die Tatsache nicht verteidigen, dass dieses Land mit seinem so viel geringeren Bruttosozialprodukt im nächsten Jahr den größten Beitrag zum Budget der Europäischen Gemeinschaft leisten wird. Es ist eine absurde Gemeinschaft, die in dieser Weise ihr Budget konstruiert. Und wenn Sie mich fragen, ich kann – aber da spricht vielleicht der Hamburger aus mir – auch die Tatsache nicht verteidigen, dass es eben wahr bleibt, dass ein Bulle, der von Qantas Airlines I. Klasse aus Australien nach Großbritannien geschickt wird, im Fleischerladen nachher billiger ist als einer, der aus der Europäischen Gemeinschaft kommt. Das heißt, ich kann die Agrarpolitik in dieser Form, mit ihrer komplexen und an sich unsinnigen Verbindung der verschiedenen Funktionen des Agrarpreises, nicht verteidigen.

Ich gehe daher davon aus, dass in sehr naher Zukunft der Widerspruch zwischen dem politischen Wunsch nach Integration, der jetzt bei den Regierungen der Europäischen Gemeinschaft allgemein ist, und den institutionellen Abwegen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sehr deutlich werden wird.

Ich gehe davon aus, dass dieser Widerspruch zu Explosionen führen wird – möglicherweise sogar zu einer Verweigerung auf britischer Seite. Ich persönlich hoffe sehr, dass das dann nicht missverstanden wird, sondern dass eine solche Situation benutzt wird, um auch institutionell für dieses politische Europa Wege zu finden, die die Differenzen zwischen den Ländern respektieren und nicht einzuebnen versuchen, und Lösungen, die nicht davon ausgehen, dass Europa wehtun muss, um gut zu sein.

Ich hoffe also sehr, dass, wenn die krisenhaften Zuspitzungen kommen, die ich für das nächste Jahr erwarte, die Bundesrepublik und die übrigen Partner in der Europäischen Gemeinschaft ebenjene Unterschiede, von denen in meinem Vortrag vor allem die Rede war, respektieren werden – genau wie sie verlangen sollten, dass ihre eigenen Besonderheiten respektiert werden, und dass wir dann Institutionen suchen, die auf der Grundlage dieser Unterschiede dem gemeinsamen Wunsch nach politischer Integration Rechnung tragen. ■